

Beginn des Ersten Weltkriegs – Ursachen und Wertungen. Internationales Kolloquium (Bericht)

Rainer Holze

Zu den wissenschaftlichen Veranstaltungen anlässlich des 100. Jahrestages der Entfesselung des Ersten Weltkriegs gehört das ganztägige Internationale Kolloquium der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung e. V. und des Vereins Berliner Freunde der Völker Russlands e. V., das mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung, des Russischen Hauses der Wissenschaft und Kultur und des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 11. Juni 2014 im Russischen Haus der Wissenschaft und Kultur in Berlin stattfand.

Nach der Begrüßung durch *Horst Schützler*, stellvertretender Vorsitzender des Berliner Freunde der Völker Russlands e. V., eröffnete *Kurt Pätzold* (beide Berlin) den Reigen der Vortragenden mit dem Grundsatzthema „Die Versager und andere Märchen vom Ersten Weltkrieg“. Die vielfältigen Rückblicke auf den Beginn des Ersten Weltkriegs seien, so verdeutlichte er eingangs, auch von aktuellen politischen Interessen geprägt. Den gegenwärtig Herrschenden und Regierenden liege hauptsächlich daran, den Europäern bewusst zu machen, wie weit sie dank der klugen und weitschauenden Politik ihrer Führer die Vergangenheit hinter sich gelassen haben und nunmehr in einem befriedeten Kontinent leben. Aufgrund der deutschen Rolle im Krieg böte sich für die Bundesrepublik nicht die Möglichkeit, in Kirchen, auf ehemaligen Schlachtfeldern und vor den dort errichteten Monumenten sowie an Grabanlagen das ständige Bedürfnis zu befriedigen, historisch bedeutende Leistungen der eigenen Nation und der Verbündeten von Neuem zu würdigen und nationales Geschichts- und Selbstbewusstsein zu stärken. Keinesfalls sollen in dieser Erinnerung alte Feindbilder wieder belebt und alte Rechnungen aufgemacht werden. Unerwünscht seien aber auch Fragen nach den Ursprüngen des Ersten Weltkriegs, die eng mit der Fahndung nach jenen Personen und Kräften verknüpft sind, die für eben diesen Krieg die Verantwortung tragen. Durch die Legende vom letztendlich gemeinsamen Scheitern erscheine der Erste Weltkrieg als Ergebnis allgemein menschlichen Unvermögens. Auf diese Weise gebe es nur Schuldlos-Schuldige. Aber auch wenn es das derzeit in der Bundesrepublik dominierende Geschichtsbild anders vermittele, blieben, so Pätzold, Grunderkenntnisse der in der DDR unter der Leitung von Fritz Klein am Institut für Geschichte an der Akademie der

Wissenschaften erarbeiteten, umfassenden, marxistischen Darstellung zur Geschichte des Ersten Weltkriegs weiter gültig,¹ Sie habe auch den Antikriegskräften jene Aufmerksamkeit zuteil werden lassen, die ihr bürgerliche Geschichtsschreiber bis dahin konsequent verweigerten. Auch heute gelte: Dieser Weltkrieg wuchs aus dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft in ihrem neuen, imperialistischen Stadium, in das sie um die Jahrhundertwende eingetreten war. An dem Kampf um die politische und ökonomische Vorherrschaft nahmen alle entwickelten Staaten in Europa und die USA teil. In diesem Kampf bildete der Krieg auf allen Seiten eine Option zur Durchsetzung der eigenen Ziele. Das deutsche Kaiserreich, das in wenigen Jahrzehnten zur wirtschaftlichen und politischen Großmacht aufgestiegen war, hatte ein besonderes Interesse an einer Neuordnung in Europa und in der Welt. Er wurde mit seinem Bundesgenossen Österreich-Ungarn zur treibenden Kraft auf dem Weg in den Krieg.

In der Bundesrepublik verbinde sich, so Pätzold, der Beginn einer anderen Sicht auf den Ersten Weltkrieg mit dem Wirken des an der Hamburger Universität lehrenden Historikers Fritz Fischer und seiner Schüler. Fischer habe mit seinem 1961 erschienenen Buch „Griff nach der Weltmacht“ und anderen Publikationen dem bis dahin in der westdeutschen Historikerkunft unangefochtenen Bild von Deutschlands unschuldiger Rolle auf dem Weg in den Ersten Weltkrieg einen nachwirkenden Schlag versetzt. Fischers Kernaussage, dass die deutsche Reichsführung einen erheblichen Teil der historischen Verantwortung für den Ausbruch des allgemeinen Krieges trage, habe sowohl die These von Deutschlands Alleinschuld wie die von seiner Unschuld am Kriege zurückgewiesen, aber genauso das Nivellierende, wonach die Verantwortung des deutschen Kaiserreiches nicht größer und nicht kleiner als die der anderen Großmächte gewesen sei.

In seinen weiteren Ausführungen setzte sich der Referent mit den revisionistischen Thesen des in Großbritannien lehrenden Historikers Christopher Clark auseinander. Dieser habe in seinem in den Medien hochgelobten Buch „Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog“ kein einziges Dokument oder Argument entkräften können, das von Historikern herangezogen worden war, um Deutschland als treibende Kraft in den Ersten Weltkrieg zu kennzeichnen. Für seine These, Deutschland

1 Siehe Fritz Klein/Willibald Gutsche/Joachim Petzold: Deutschland im Ersten Weltkrieg, 3 Bde., 1968-1970; Dies: Von Sarajewo nach Versaille. Deutschland im 1. Weltkrieg, Berlin 1974, ²1985; als Lizenzausgabe für Pahl-Rugenstein Dies: Der Erste Weltkrieg: Ursachen und Verlauf, herrschende Politik und Antikriegsbewegung in Deutschland, Köln 1985.

sei am Weg in den Krieg nicht mehr und nicht weniger beteiligt gewesen als seine Gegner, habe er keine überzeugenden Argumente anführen können. Mit seiner personalisierten Geschichtsschreibung bedeute Clarks Revisionsversuch auch methodologisch ein Zurück in das bürgerliche Geschichtsdnken der Fünfziger- und frühen Sechzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. Seine „Schuldigen“ fühlten sich als Getriebene, die unter einem Druck „von außen“ gehandelt hätten, die nicht Täter, sondern Opfer ihrer Vorstellungen, Einbildungen, Gemütslagen geworden seien. Des Australiers Bekenntnis, es sei ihm nicht um das Warum des Krieges gegangen, ihn interessiere nur das Wie, sei eine Flucht vor der Kriegsschuldfrage. Clarks Einschätzung vom Versagen der Politik unterstelle zugleich, dass ihr Ziel die Erhaltung des Friedens gewesen sei.

Nach diesem grundlegenden Vortrag widmeten sich mehrere Referenten wichtigen Teilaspekten der Kolloquiumsthematik. Der österreichischen Historiografie wandte sich *Martin Moll* (Graz) zu. Sie sei stets und bis heute nicht umfangreich gewesen, auch habe es kaum eine Beteiligung an internationalen Debatten gegeben. Die Erörterung der entscheidenden Frage nach der Kriegsbereitschaft und Kriegsentschlossenheit der Habsburger Führung sei von der Behandlung eher sekundärer Aspekte überlagert worden. Als Grundkonsens der neueren österreichischen Forschung kennzeichnete Moll, dass die Donaumonarchie nach dem Thronfolgermord zwar zur Auslösung einer kriegerischen Strafexpedition gegen Serbien grimmig entschlossen gewesen sei, aber kein Interesse an einem ausbrechenden großen Krieg gehabt habe. In den letzten Jahrzehnten werde die Rolle der österreichischen Monarchie bei Kriegsausbruch etwas kritischer gesehen.

Horst Schützler stellte die russische Historiografie zu den Ursachen und zum Beginn des Ersten Weltkriegs vor. Am Beispiel der Bewertung des letzten Zaren Nikolaus II. und seiner Außenpolitik durch den Biografen Petr Multatuli verdeutlichte Schützler die sich abzeichnende Aufwertung der Monarchie für eine „patriotische Geschichte“ in der heutigen russischen Historiografie. Multatuli schätze den Zaren im Gegensatz zu früheren Darstellungen und im Widerspruch zu den Tatsachen als klugen, christlichen, friedfertigen Herrscher ein, der im Krieg keine imperialistischen Ziele verfolgt habe. In der sowjetischen Geschichtsschreibung habe sich, geprägt von Michail Pokrovskij und seiner Schule, frühzeitig eine Richtung herausgebildet, die im zaristischen Russland den Hauptschuldigen des Krieges sah. Diese Schule sei nicht unwesentlich vom Personenkult um Stalin beeinflusst gewesen. Spätere Darstellungen zeigten den globalen Konflikt zu stark im „Schatten der Oktoberrevolution“. Nach dem

Zerfall der Sowjetunion sei vor allem die Rolle der Selbstherrschaft diskutiert worden.

Robert Waite (Washington) schilderte in seinem Referat zunächst die Reaktionen der US-amerikanischen Öffentlichkeit auf den Kriegsausbruch. Die Stimmung sei überwiegend pro-englisch und gegen das aristokratische Deutschland und dessen aggressive Staatsführung eingestellt gewesen. Trotz der täglichen Presseberichterstattung über den europäischen Krieg habe sich die Mehrzahl der Bürger sicher gefühlt. Da der europäische Krieg die amerikanische Wirtschaft negativ zu beeinflussen begann – vor allem stiegen die Lebensmittelpreise –, seien manche Arbeiter unzufrieden gewesen, habe es auch Streikandrohungen gegeben. Im Mittelpunkt der Ausführungen stand die amerikanische Geschichtsschreibung zu den Ursachen und zum Beginn des Krieges. Sie habe sich in den einzelnen Perioden unterschiedlich positioniert. 1914 hätte die amerikanische Öffentlichkeit das kaiserliche Deutschland als den Hauptschuldigen betrachtet. Deutschlands Diplomatie, sein monarchisches System und seine militaristische Haltung habe Europa in den Krieg gestürzt. In den Zwanzigerjahren rückten dann vor allem jüngere Historiker nach dem Studium von nunmehr zugänglichen Quellen von der deutschen Alleinschuld ab und machten die europäischen Mächte insgesamt für den Ausbruch des Krieges verantwortlich. Unter dem Einfluss der zeitgenössischen Spannungen im politischen und wirtschaftlichen Leben in den USA suche die jüngere Historikergeneration heute die Kriegsursachen vorrangig in den inneren Verhältnissen Europas. Seit der Jahrtausendwende seien eine ganze Reihe von Aufsätzen und Beiträgen mit neuen Deutungsangeboten zu den Ursachen dieses Weltenbrandes erschienen, die auch nach der Verantwortung der „kleinen und mittleren Mächte“ fragten.

In seinem streitbaren Vortrag „Arbeiterbewegung, Krieg und Nation. Fragen und Denkansätze“ vertrat *Hartmut Henicke* (Altzeschdorf) den Standpunkt, dass eine wirklich aggressive deutsche Außenpolitik kontinental nur im Bündnis mit England gegen Russland oder global im Bündnis mit Russland gegen England möglich gewesen wäre. Die deutsche Weltpolitik wäre jedoch keinem dieser beiden Konzepte gefolgt. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie als Teil der Kriegsinzenierung, führte er weiter aus, werde überschätzt. Die Partei sei von den Ereignissen überrollt worden, nicht imstande gewesen, die Wirklichkeit richtig zu beurteilen. Nicht einmal Rosa Luxemburg sei auf den Gedanken gekommen, der deutschen Heeresleitung während der Julikrise 1914 Kriegsinteresse zuzuschreiben. Auch die Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie für die Befürwortung der Kriegskredite sei nicht so schwer zu gewichten,

wie dies wegen der Führungsrolle der Partei innerhalb der II. Internationale bislang geschehen sei. Der originäre Grund für das Ende der II. Internationale sei die Unfähigkeit der Sozialisten gewesen, das global-systemische Wesen des Imperialismus im Gewirr einer sich immer rasanter transformierenden Welt zu erkennen. Die deutsche Sozialdemokratie wäre dem von den herrschenden deutschen Eliten entwickelten Konzept der nationalen Solidarität aufgesessen und hätte, in dem guten Glauben, darin die Grundlage eines nationalen Sozialismus zu sehen, dem Klassenkampf abgeschworen. Henickes Thesen trafen in der Diskussion auf heftige Kritik.

Im abschließenden Vortrag analysierte *Manfred Weißbecker* (Jena) vor allem die konservativ-nationalistische Erinnerungspolitik an den Ersten Weltkrieg in den Zwanziger- und Dreißigerjahren des vorigen Jahrhunderts. Er richtete den Blick auf die geschichtspolitisch und propagandistisch instrumentalisierte Erinnerung an den Krieg, mithin auf die „Brandstifter“ in Friedenszeiten. Die konservativen Kreise in Deutschland hätten von Anfang an massiv daran gewirkt, sich des politischen Erinnerns an den Krieg – vor allem an die Niederlage – vielgestaltig, umfassend und gegen alle menschlichen Friedensbedürfnisse bemächtigten. Dabei zeichneten sich solche erinnerungspolitischen Argumentationsmuster ab, die zwar den Frieden als erstrebenswert priesen, gleichzeitig aber Kriege als unabänderlichen Teil der Menschheitsgeschichte werteten und konkret die kürzliche Niederlage mit der Frage verknüpften, wie sie wettzumachen sei. Kennzeichnend für die Erinnerungspolitik der damaligen Nachkriegszeit sei ihre ausgesprochen nationalistisch-kriegerisch gefärbte, religiöse Heilsvorstellungen nutzende Zukunftsorientierung gewesen. Es sollte – analog zur Schützengraben-Gemeinschaft – die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und Parteien in einer wahren „Volksgemeinschaft“ überwunden werden. Weißbecker verdeutlichte Erscheinungsformen politischer Erinnerungsarbeit in der Weimarer Republik wie das Wirken jener vielen Organisationen, die nationalistisch-revanchistische Propaganda gegen den Versailler Vertrag auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Die große Schnittmenge zwischen dem radikalen und rechtsradikalen, dem national-liberalen, deutsch-nationalen, völkischen und nationalistischen Kriegsdenken sowie die weitgehende Konsensfähigkeit der Hauptelemente des faschistischen Kriegs- und Heldengedenkens in der Weimarer Republik beweise, dass in dieser Hinsicht der 30. Januar 1933 keine besonders tief greifende Zäsur darstelle.

Weißbecker hielt auch das Schlusswort der Tagung. Sie habe Impulse für die nicht dem Mainstream verbundene Geschichtsforschung gegeben

und gezeigt, dass es kein Ende des analytischen und kritischen Sich-Befassens mit dem Ersten Weltkrieg, mit dessen Ursachen und seinen Folgen geben kann. Die hier vorgetragene Kritik lasse offenkundig werden, dass und wie mit aufgewärmten bzw. neuen Thesen alte und neuerlich erkennbare Vorherrschafts-Ambitionen in mildes Licht getaucht würden. Im Grunde gehe es nur scheinbar um den Krieg von 1914/18. Es sei deshalb dringend geboten, stärker und offensiver als bislang solche Fragen ernsthaft zu untersuchen, wie die zum Inhalt und zur Wirkung von Versuchen, Kriege als gesellschaftliche Erscheinung zu rechtfertigen oder gar zu beschönigen, sie am Beispiel des Ersten Weltkriegs als den Fortschritt befördernd zu bewerten, als Beschleuniger von Wissenschaft und Technik oder gar als Ausgangspunkt siegreicher Demokratie und des westlichen Parlaments-Modells anzupreisen. Weiter erinnert werden sollte auch an das Liebnechtsche „Nein“ zu den Kriegskrediten und an die Losung „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Mit dem Blick auf die Geschichte der Arbeiterbewegung äußerte Weißbecker den sehr unterstützungswerten Wunsch, vor allem jene Diskussionen fortzusetzen, die der Komplexität der gesamten Jahrhundertgeschichte gelten.